

**Die Bundeswehr:** Halten Sie den deutschen militärischen Beitrag zur Bewältigung der Krise in Mali für ausreichend? Wenn nein, was könnte Deutschland über das Bisherige hinaus anbieten?

**Arnold:** Militärisch leisten Frankreich, Mali selbst und die ECOWAS-Staaten den Hauptbeitrag zur Bewältigung der Krise. Bei dieser schwierigen Aufgabe sind sie auf Unterstützung angewiesen. Natürlich sollte sich niemand danach drängen, Soldaten in internationale Einsätze zu schicken. Aber ein reflexhaftes Ablehnen von Bitten zur logistischen Unterstützung in Mali ist ebenso falsch. Deshalb muss Deutschland sowohl im unterstützenden als auch im Bereich der Ausbildung der nationalen malischen Streitkräfte einen angemessenen Beitrag liefern, der seiner Rolle in der Welt entspricht.



**Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD und Mitglied im Verteidigungsausschuss des Bundestages.**

festgelegt, bedarf der dringenden Überarbeitung.

**Die Bundeswehr:** Welche Kriterien müssen erfüllt sein, damit das Ziel in Mali als erreicht angesehen und der Bundeswehr-Einsatz beendet werden kann?

**Arnold:** Die Erfahrungen in Afghanistan zeigen, dass mit dem Vertreiben der Dschihadisten die Probleme bei weitem nicht gelöst sind, weil sie mit veränderter Strategie zurückkehren. Der Einsatz kann nur so lange dauern, bis die malischen Sicherheitsorgane soweit qualifiziert und aufgebaut sind, dass sie mit dieser Herausforderung selbst umgehen können.

**Die Bundeswehr:** Welche Gefahren könnte der Einsatz bergen?

**Arnold:** Das Hauptrisiko besteht darin, dass sich die Terroristen zurückziehen und sowohl im Nor-

## Dschihadisten-Vertreibung löst Probleme nicht

SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold im Interview – Europa muss „Terrorstaaten“ im Auge behalten

**Die Bundeswehr:** Welche politischen Maßnahmen sollten aus Ihrer Sicht das militärische Engagement begleiten?

**Arnold:** Mali muss dabei unterstützt werden, dass es zu einer funktionierenden und gefestigten Demokratie zurückfindet, in der sich Streitkräfte dem Primat der Politik unterordnen. Darüber hinaus muss mit dem Stamm der Tuareg eine Verhandlungslösung angestrebt werden, an deren Ende die berechtigten Wünsche, vor allem nach kultureller Autonomie, erfüllt werden. Hier sind in erster Linie die afrikanischen Staaten selbst gefordert. Der damit verbundene politische Prozess sollte wo immer möglich von der internationalen Völkergemeinschaft, speziell aber auch von der EU unterstützt werden.

**Die Bundeswehr:** Sollte es eine Stelle oder Behörde geben, die militärische und politische Maßnahmen miteinander koordiniert?

**Arnold:** Die Europäische Union übernimmt mit der Ausbildungsmission eine hohe Verantwortung. Deshalb sind auch innerhalb der EU militärische und politische Koordinierungsaufgaben anzusiedeln, die in enger Absprache mit der malischen Regierung und den übrigen ECOWAS-Staaten abzustimmen sind. Auch für Mali gilt: Die Krise kann nicht militärisch, sondern muss politisch gelöst werden.

**Die Bundeswehr:** Benötigt die Bundesrepublik Deutschland angesichts der außenpolitischen Herausforderungen ein Bundeswehraufgabengesetz, das klare Kriterien für einen Militäreinsatz festschreibt?

**Arnold:** Der Wunsch, einen Kriterienkatalog für Militäreinsätze zu erstellen, entspricht nicht der Komplexität und der Unterschiedlichkeit der Krisen. Deshalb geht es hier um Abwägungsprozesse, für die aber Maßstäbe wie ethische Verantwortung, Stabilitätsinteresse, wohlverstandene ökonomische Interessen und Gestaltungsin-teressen in internationalen Organisationen ange-



**Gefechtsfahrzeuge auf dem Vormarsch. Die Franzosen eroberten mit ihren malischen Verbündeten strategisch wichtige Punkte.**

legt werden müssen. Darüber hinaus muss hinter jedem Einsatz ein politisches und operatives Konzept mit der Chance auf Erfolg stehen, und es muss die Frage, inwieweit die Bundeswehr noch weitere Aufgaben übernehmen kann, sorgfältig überprüft werden.

**Die Bundeswehr:** Brauchen wir darüber hinaus eine nationale Sicherheitsstrategie, die mittel- und langfristige Ziele unserer Außenpolitik definiert?

**Arnold:** Eine gesellschaftliche Debatte zur Klärung der Frage, welche Rolle und Verantwortung Deutschland in der Welt hat, ist überfällig. Die Definition einer nationalen Sicherheitsstrategie wäre ein Relikt der vergangenen Zeit. Vielmehr muss jetzt auf europäischer Ebene die gemeinsame Strategie als Voraussetzung zu einer vertieften Außen- und Sicherheitspolitik verfolgt werden. Deutschland und Frankreich müssen sich verstärkt als Motor für die europäische Sicherheitspolitik verstehen. Die europäische Sicherheitsstrategie, wie im Lissabon-Vertrag

den als auch im stabilen Süden zur asymmetrischen Kriegsführung gegen die internationalen Truppen und die Bevölkerung übergehen. Massiv könnte die Sicherheit durch Sprengfallen und Selbstmordattentäter gefährdet werden.

**Die Bundeswehr:** Welche Vorfälle könnten dazu führen, dass der Einsatz abgebrochen werden muss?

**Arnold:** Es ist nicht Aufgabe von Parlamentariern, hypothetische Fälle zu konstruieren, noch weniger sind wir Propheten. Die EU engagiert sich in Mali, um den Einsatz erfolgreich zu beenden.

**Die Bundeswehr:** Muss die deutsche Außenpolitik dieser Region in Afrika künftig mehr Aufmerksamkeit widmen?

**Arnold:** Eine Lehre aus Afghanistan ist auch: Wir dürfen nicht zuschauen, wenn sich Terrorstaaten verfestigen und so genannten Gotteskrieger Rückzugs- und Ausbildungsraum anbieten. Nicht nur im nördlichen Afrika haben alle Europäer ein besonderes Interesse an Stabilität, Sicherheit und wirtschaftlichem Aufschwung. Deshalb muss auch Deutschland gemeinsam mit den übrigen EU-Staaten besonders die Zivilgesellschaft stärken und wirtschaftliche Chancen eröffnen.

**Die Bundeswehr:** Müssen sich die Kräfte der inneren Sicherheit auf eine wachsende Terrorbedrohung einstellen?

**Arnold:** Es ist eine Daueraufgabe für Polizei und Nachrichtendienste, terroristische Bedrohungen möglichst frühzeitig zu erkennen. Dies ändert sich durch die aktuelle Lage in Mali nicht grundsätzlich.